

48. Regierungschef Brunhart: Bisherige Gespräche geben zur Zuversicht

In den kommenden Wochen gehe es darum, erklärte Hans Brunhart in der Pressekonferenz vom 4.3.1993, das bilaterale Verhältnis zu der Schweiz durch Verhandlungen derart zu lösen, dass ein EWR-Beitritt Liechtensteins möglich werde. Die Schweiz zeige großes Verständnis für die liechtensteinischen Anliegen. Durch das JA zum EWR sei Liechtenstein nun in einer "guten Ausgangsposition", welche nun in den kommenden Monaten auch entsprechend genutzt werden müsse. Bei den laufenden Verhandlungen hänge sehr viel von der liechtensteinischen Kreativität ab. Ergänzend dazu muss jedoch angefügt werden, dass die Akzeptanz einer "Sonderlösung Liechtenstein" bei den übrigen EWR-Partnern wohl kaum von der Kreativität der liechtensteinischen Delegation abhängt. Dieser Teil der Verhandlungen wird mit Sicherheit weitaus schwieriger zu bewältigen sein, als die eigentliche Anpassung des Zollvertrages.

49. Dr. Herbert Wille: "Vorgehen wegen Volksabstimmung wird geprüft"

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille führte in der Pressekonferenz vom 4.3.1993 aus, dass das liechtensteinische Stimmvolk dem EWR bereits im Dezember 1992 zugestimmt habe, so dass darüber auch nicht mehr abgestimmt werden müsse. Das diesbezügliche Vorgehen werde jedoch noch überprüft. Was die definitiven Zollvertrags-Verhandlungen anbelange, so würden diese mit der Schweiz erst nach Amtsantritt der neuen liechtensteinischen Regierung in Angriff genommen. Im weiteren halte die Regierung auch den Kontakt mit den Regierungen der Kantone Graubünden und St. Gallen, welche ja durch das gegensätzliche Abstimmungsergebnis Liechtensteins am meisten betroffen seien. Man habe diesbezüglich vereinbart, dass die Kantonsregierungen über den Stand der Zollvertragsverhandlungen laufend informiert werden. In diesem Zusammenhang sei noch darauf hingewiesen, dass der Bundesrat es vor einiger Zeit abgelehnt hat, Vertreter dieser beiden Kantone in die Zollvertragsverhandlungen mit einzubeziehen. Nachdem sich die Beziehungen Schweiz/Liechtenstein in der Vergangenheit vorwiegend auf regionaler Basis abspielten, darf man sich angesichts dieser Entscheidung wohl mit Recht fragen, mit welchen Argumenten ein derartiger "Ausschluss" überhaupt gerechtfertigt werden könnte.

50. Neueste Umfragen zeigen, in Dänemark findet sich derzeit auch für die abgeänderten Maastrichter-Verträge keine Mehrheit

Die dänische Regierung wird möglicherweise auch im zweiten Wahlgang mit dem "Maastrichter-Programm" scheitern. Durch entsprechende "Schreckens-Szenarien" versucht man nun dennoch eine Mehrheit für diese Verträge zu gewinnen. Es wird behauptet, dass das Wirtschaftswachstum im Falle einer erneuten Ablehnung der Maastrichter-Verträge um 7% – 8% zurückgehen und die Arbeitslosigkeit (derzeit ca. 10%) um weitere 5% ansteigen würde. Ferner hätte auch die Landwirtschaft darunter zu leiden, den Fischern wäre die Benutzung internationaler Gewässer verwehrt und die Industrie würde nicht mehr im eigenen Lande investieren. Bis auf die Angaben zur Fischerei sowie Landwirtschaft alles Szenarien, welche in Liechtenstein wie auch in der Schweiz im Rahmen des EWR-Abstimmungskampfes mehrfach aufgezeigt wurden. Szenarien, welche sich vermutlich wie im Falle der Schweiz wohl nie bewahrheiten werden. Von den Gegnern wird ausgeführt, dass die für Dänemark ausgehandelten Konzessionen rechtlich nicht bindend seien. Im übrigen geht man davon aus, dass einem Nein Dänemarks ein Nein Englands folgen würde, womit Maastricht endgültig begraben wäre.